

EU-Nachrichten

 09
2018

KURZ & KNAPP

EU-Grenzwerte überschritten 3

Deutschland wird wegen Luftqualität vor dem EuGH verklagt

IM FOKUS

Innovationsstrategie 5

EU will Forschung und technologische Entwicklung auf eine neue Stufe heben

Arbeitsplan vereinbart 6

EU und Iran setzen sich für Erhaltung des internationalen Atomabkommens ein



Bei einem von hunderten Bürgerdialogen EU-weit sprach Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager in Berlin mit Schülern über Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Credit © European Union, 2018

EU-WESTBALKAN-GIPFEL

Erweiterungspolitik soll Motor für Reformen sein

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben bei ihrem Gipfeltreffen mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, der ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Kosovo die europäische Perspektive dieser Länder bekräftigt. Um deren Entwicklung zu unterstützen, wird eine vertiefte Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastrukturausbau, Digitales, Sicherheit und Migration angestrebt. Alle Gipfelteilnehmer erkannten an, dass für den Transformationsprozess auch die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität von maßgeblicher Bedeutung ist.

Der für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn bezeichnete vor dem Treffen die EU-Erweiterungspolitik als „Motor für Reformen im westlichen Balkan“.

Erklärung von Sofia

KÜNFTIGER KURS DER EU

Bürger zur Zukunftsdebatte aufgerufen

Das Gesicht der Europäischen Union wird sich 2019 verändern. Ende März wird Großbritannien die EU verlassen, im Mai wird das Europäische Parlament neu gewählt. Dieses entscheidet über die Bestätigung der nächsten EU-Kommission, die bis 2024 amtiert. Die Kommission hat die über 500 Millionen EU-Bürger nun aufgerufen, in einer beispiellosen Online-Konsultation zu sagen, welchen Kurs sie sich in Zukunft für die Europäische Union wünschen.

> „In jedem Fall muss es sich dabei um ein Europa der Europäer handeln“, unterstrich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. „Welche Zukunft wollen wir für uns, unsere Kinder und unsere Union? Jetzt ist der Zeitpunkt, an dem die Europäer sich Gehör verschaffen und laut und deutlich sagen können, welche Themen sie bewegen und wie sie diese gern von den verantwortlichen Politikern vertreten wüssten“, sagte Juncker.

Die Debatte hat die Kommission bereits im März 2017 mit der Veröffentlichung des „Weißbuchs zur Zukunft Europas“ angestoßen, in dem sie

verschiedene mögliche Szenarien zur Entwicklung der EU skizziert hat. Um die Diskussion weiter zu strukturieren und voranzutreiben, wurde nun eine Liste mit 12 Fragen online gestellt, die Anfang Mai von 96 Bürgern aus den 27 künftigen Mitgliedstaaten erarbeitet wurde – ein deutliches Zeichen, dass es die Bürgerinnen und Bürger sind, die im Mittelpunkt des Dialogs stehen. Die Online-Konsultation soll Diskussionsveranstaltungen in den Mitgliedstaaten und bereits bestehende Online-Gesprächsforen ergänzen. Sie soll bis zum voraussichtlich ersten EU-Gipfel nach dem Brexit dauern, der für den 9. Mai 2019 im rumänischen Sibiu geplant ist. >>

DISKUSSIONSPROZESS ZUR ZUKUNFT DER EU

Die EU-Kommission organisiert seit 2012 Bürgerdialoge. Bis zur Europawahl sollen noch 500 Bürgerdialoge und zahlreiche Online-Diskussionen folgen.

EU-GIPFEL SIBIU

1. März 2017: EU-Kommission legt „Weißbuch zur Zukunft Europas“ vor

4. Mai 2018: Start der von der Bundesregierung initiierten Bürgerdialoge

10. Mai 2018: Start der Online-Konsultation der EU-Kommission zur Zukunft der EU

November 2018: Auswertung der Bürgerdialoge in Deutschland

Dezember 2018: Diskussion der Ergebnisse beim EU-Gipfel

9. Mai 2019: Erster EU-27-Gipfel in Sibiu (Rumänien) mit Erklärungen zur Zukunft Europas

Ende Mai 2019: Wahl des Europäischen Parlaments

Quellen: EU-Kommission, Bundesregierung

Bilder: Shutterstock

- > Was sind die größten Gefahren für die EU in den nächsten Jahren?
- > In welchen Lebensbereichen werden technologische Entwicklungen die größten Auswirkungen haben?

Die Online-Konsultation ergänzt die Bürgerdialoge, von denen die EU-Kommission seit 2012 fast 700 in 160 Städten quer durch alle Mitgliedstaaten organisiert hat. 500 weitere Veranstaltungen sollen bis zu den Europawahlen folgen. So wird etwa Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen am 22. Mai im „Erlebnis Europa“ in Berlin sein. Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission, kommt am 24. Mai zum Gespräch nach Frankfurt/Oder. Kommissionspräsident Juncker wird sich am 2. Juli in Freiburg im Breisgau zusammen mit Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann dem Gespräch mit den Bürgern stellen.

Dialogreihe in Deutschland eröffnet

Auf Initiative von Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hat der EU-Gipfel sich dafür ausgesprochen, dass auch die nationalen Regierungen Bürgerdialoge zur Zukunft der EU organisieren sollen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Veranstaltungsreihe in Deutschland Anfang Mai in der Jane-Addams-Schule in Berlin eröffnet. Dort sprach sie mit Schülerinnen und Schülern etwa darüber, wie bereichernd es sein kann, andere Mitgliedstaaten, Kulturen und Menschen durch das EU-Austauschprogramm Erasmus+ kennenzulernen. In Baden-Württemberg werden bis Ende Juli vier Bürgerdialoge in Rastatt, Bad Mergentheim, Tuttlingen und Ravensburg organisiert, bei denen Einwohner zum Gespräch eingeladen werden, deren Adressen zufällig aus dem Melderegister gezogen werden. (frh) >

Online-Konsultation mit 12 Fragen

Eine solidarische Union

Bei der jährlichen Konferenz des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz zur Lage der EU hat Kommissionspräsident Juncker die Bedeutung der Solidarität betont. Er erinnerte unter anderem an die Fortschritte bei der Investitionsoffensive, die europaweit bislang Investitionen von 284 Mrd. Euro mobilisiert hat, an die im November in Göteborg proklamierte Europäische Säule sozialer Rechte, die jüngst abgeschlossenen Handelsabkommen und die Unterstützung, die sich die Mitgliedstaaten gegenseitig über den EU-Haushalt leisten.

>> Dort wollen die Staats- und Regierungschefs Bilanz des Diskussionsprozesses über die Zukunft der EU ziehen, einige Wochen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, die vom 23. bis 26. Mai 2019 stattfinden sollen.

Als erstes werden die Teilnehmer der Konsultation gefragt, welche auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen sie stolzer machen würden, zur Europäischen Union zu gehören. Aus einer Liste kann ausgewählt werden, womit die „ideale Zukunft der EU“ am besten beschrieben würde. Die möglichen Antworten reichen von mehr biologischer Landwirtschaft über garantierte Gleichstellung von Männern und Frauen bis hin zu Mindestrente, einem „hohen Maß an Sicherheit“ sowie dem Wunsch nach einer „wirklichen Regierung für die gesamte EU“.

Weiter wird gefragt, in welchen Politikbereichen sich die Bürger mehr oder weniger europäische Harmonisierung wünschen. Den gewünschten Prioritäten bei der Steuerung der Zuwanderung in die EU ist eine eigene Frage gewidmet, ebenso den Prioritäten beim Um-

weltschutz und bei Landwirtschaft, Fischerei und Lebensmittelproduktion. In offenen Fragen ohne Antwortbeispiele wird um Meinungen dazu gebeten, wie Bildung und Ausbildung verbessert und die Ungleichheit in der EU verringert werden kann.

Wirtschaftliche Sicherheit ist Schwerpunkt

Einen Schwerpunkt haben die 96 Bürger, die den Fragebogen erarbeitet haben, auf das Thema gelegt, wie für mehr wirtschaftliche Sicherheit gesorgt werden könnte. Zu den Antwortvorschlägen gehören hier Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, aber auch die Gewährleistung eines „gerechten“ Rentenniveaus, die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens, die Anhebung von Sozialleistungen für Menschen in finanziellen Schwierigkeiten oder die Bekämpfung von Korruption. Zu den weiteren Fragen der Konsultation gehören:

- > Wie kann das Leben der Bürger sicherer gemacht werden?
- > Wie lässt sich der Zugang zur Gesundheitsversorgung verbessern?

EU-GREZWERTE IN VIELEN STÄDTEN ÜBERSCHRITTEN

Deutschland wird wegen Luftqualität vor EuGH verklagt

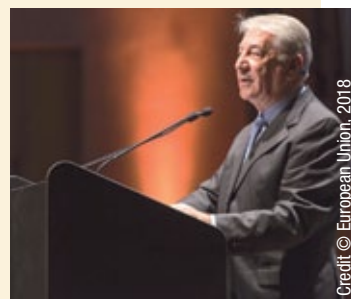
Deutschland und fünf weitere EU-Staaten müssen sich vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verantworten, weil sie es seit Jahren nicht schaffen, die EU-Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft einzuhalten. In Ungarn, Italien und Rumänien ist die Feinstaubbelastung vielerorts zu hoch, in Deutschland, Frankreich und Großbritannien geht es um die Konzentration von Stickstoffdioxid (NO₂), zu der etwa Abgase aus Dieselmotoren viel beitragen. Der seit 2010 einzuhaltende Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft wird in Deutschland in 26 Gebieten, darunter Berlin, München, Hamburg und Köln, überschritten – in Stuttgart wurden 2016 bis zu 82 Mikrogramm gemessen.

„Die heute vor dem Gerichtshof angeklagten Mitgliedstaaten haben in den zurückliegenden zehn Jahren genügend ‚letzte Chancen‘ erhalten,

um die Situation zu verbessern“, sagte EU-Umweltkommissar Karmenu Vella (Foto). „Ich bin überzeugt, dass die heutige Entscheidung sehr viel schneller zu Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger führen wird.“

Da EuGH-Klagen allein das Problem aber nicht lösen würden, wolle die Kommission den Mitgliedstaaten bei Bemühungen um saubere Luft helfen. Dazu legte sie neue Vorschläge zur Senkung der Emissionen im Verkehr vor (siehe auch Seite 4). Sie möchte mit den nationalen Behörden auch an einem gemeinsamen Ansatz für Zufahrtsregelungen für Fahrzeuge in Städte arbeiten.

■ *Schutz der Bürger vor Luftverschmutzung*



Credit © European Union, 2018

KAMPAGNE #EUANDME GESTARTET

„Was bringt mir die Europäische Union?“

Mit dem Ziel, der jungen Generation Europa näherzubringen, hat die EU-Kommission im Rahmen der neuen #EUandME-Kampagne fünf Filme veröffentlicht. Diese zeigen nicht nur die allgemeinen Vorteile eines Lebens in der EU, sondern auch die Unterstützung der EU in konkreten alltäglichen Situationen. Die Filme, jeweils von einem prominenten europäischen Filmemacher gedreht, sollen einen Austausch darüber anregen, welchen positiven Einfluss die EU auf das Leben junger Menschen zwischen 17 und 35 Jahren hat. Denn viele EU-Bürgerinnen und Bürger sind sich des vollen Umfangs der Rechte und Vorteile, die sie in der EU genießen, nicht bewusst.

Junge Menschen haben auch Gelegenheit, im Rahmen eines Wettbewerbs für junge Regisseure eigene Filme zum Thema zu drehen. Die Beiträge sollen zeigen, welche wichtige Rolle die EU in vielen Lebensbereichen der Menschen spielt und wie sie ihnen schlussendlich ermöglicht, das zu tun, was sie tun wollen. Die Kampagne #EUandME ist auf 18 Monate ausgelegt. Sie umfasst neben den fünf Filmen auch Open-Air-Veranstaltungen, Geschichten von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, den Wettbewerb für junge Regisseure sowie zahlreiche Veranstaltungen von Kampagnenpartnern.

■ #EUANDME

DATENSCHUTZ IN DER EU

Jourová lobt Deutschland für Vorreiterrolle

EU-Justizkommissarin Věra Jourová hat Deutschland für die Unterstützung bei der Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung gelobt, die ab dem 25. Mai überall in der EU angewendet werden muss. Diese wird EU-Bürgern mehr Kontrolle über ihre von Unternehmen oder öffentlichen Stellen verarbeiteten persönlichen Daten geben. Nach einem Treffen mit Bundesjustizministerin Katarina Barley warnte Jourová vor Panikmache. Der jüngste Facebook/Cambridge-Analytica-Skandal habe gezeigt, dass die EU strenge Datenschutzbestimmungen braucht, um die Demokratie zu schützen, sagte sie.

Die EU-Kommissarin begrüßte auch den jüngsten deutschen Vorschlag zur Musterfeststellungsklage, der in die gleiche Richtung gehe wie der europäische Vorschlag. Sie zähle nun auf die deutsche Unterstützung, damit der EU-Vorschlag vor den Europawahlen im kommenden Jahr beschlossen wird. In einer Mitteilung an die Mitgliedstaaten hat die Kommission darauf hingewiesen, was diese tun können, um die Privatsphäre der Bürger zu schützen und den digitalen Binnenmarkt noch vor Jahresende zu verwirklichen. Dazu gehörten etwa eine Verabschiedung der vorgeschlagenen ePrivacy-Verordnung, mehr Investitionen in künstliche Intelligenz oder eine Einigung auf die Verordnung über den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten.

■ *Digitaler Binnenmarkt*

SCHUTZ DER EU-AUSSENGRENZEN

Visa-Informationssystem soll modernisiert werden

Das Visa-Informationssystem (VIS) der EU soll modernisiert werden, damit Antragsteller gründlicher überprüft und Informationslücken geschlossen werden können. Das hat die EU-Kommission vorgeschlagen. Das VIS ist eine Datenbank, die Grenzschutzbeamte an den EU-Außengrenzen mit den Konsulaten der Mitgliedstaaten in der ganzen Welt verbindet. Neben Informationen über Visa für kurze Aufenthalte, sollen nun auch solche über langfristig gültige Visa und andere Aufenthaltstitel, die zur Ein- und Ausreise in den Schengenraum genutzt werden können, dort gespeichert werden. Außerdem soll über ein einziges Suchportal der Abgleich von Daten mit anderen EU-Datenbanken möglich werden, etwa dem neuen Ein- und Ausreisensystem (EES), dem Schengener Informationssystem (SIS) und dem Europäischen Strafregisterinformationssystem (ECRIS).

„Kriminelle und potenzielle Terroristen sollten nicht unbemerkt nach Europa kommen können. Europa ist keine Festung – wir müssen jedoch wissen, wer unsere Grenzen passiert“, erklärte der EU-Kommissar für Inneres und Migration Dimitris Avramopoulos. Für Entwicklung und Verwaltung der modernisierten Datenbank soll die Agentur eu-LISA zuständig sein. Der Gesetzesvorschlag wird nun den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament vorgelegt.

■ *EU-Visumpolitik*

Vorschläge für ein modernes EU-Verkehrssystem vorgelegt



Ab 2025 sollen in der EU auch für Lkw verbindliche Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß gelten.

> „Bei der Mobilität überschreiten wir gerade eine neue technologische Grenze“, sagte der für die Energieunion zuständige Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič. Mit den vorgelegten Vorschlägen solle der EU-Industrie ermöglicht werden, den Wettbewerbern möglichst einen Schritt voraus zu sein. „Alle Sektoren müssen ihren Beitrag dazu leisten, unsere Klimaschutzverpflichtungen aus dem UN-Abkommen von Paris einzuhalten“, unterstrich Energie- und Klimaschutzkommissar Miguel Arias Cañete zudem.

Erstmals sollen deshalb in der EU Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß von Lkw eingeführt werden, der direkt vom Spritverbrauch abhängt. Für Pkw und Transporter (Vans) bis 3,5 Tonnen Gewicht gibt es solche Grenzwerte schon. Lkw sollen 2025 im Flottendurchschnitt 15 Prozent weniger CO₂ ausstoßen als 2019, schlägt die Kommission vor. Für 2030 nennt sie einen indikativen Zielwert von 30 Prozent. So könnten von 2020 bis 2030 CO₂-Emissionen vermindert werden, die dem jährlichen Ausstoß von Schweden entsprechen.

Weitere Treibstoff- und CO₂-Einsparungen will die Kommission dadurch erreichen, dass sie das Einführungsdatum für abgerundete, aerodynamischere Lkw-Fahrerkabinen um drei Jahre auf 2019 vorzieht und die Kennzeichnungsvorschriften für Reifen (für alle Kraftfahrzeuge) modernisiert. Wenn EU-Haushalte sich dann für die spritsparendsten, sichersten und leistungsfähigsten Reifenmodelle entscheiden, können sie jährlich bis zu 125 Euro Treibstoffkosten sparen und der CO₂-Ausstoß sinkt.

Zahl der Unfallopfer senken

2017 sind rund 25.300 Menschen in der EU bei Verkehrsunfällen gestorben, und weitere 135.000 wurden schwer verletzt. Um die Zahl der Opfer zu vermindern, schlägt die Kommission eine Reform der EU-Verordnung über die allgemeine Fahrzeugsicherheit vor. Demnach müssten innerhalb von drei Jahren alle neu zugelassenen Autotypen mit 11 automatischen Sicherheitsausrüstungen ausgestattet sein. Dazu gehören automatische Notbremssysteme, Spurhalteassistenten, abschaltbare „intelligente“ Geschwindigkeitskontrollsysteme oder ein automatischer Alarm, wenn der Fahrer abgelenkt wird. Die Liste soll in den kommenden Jahren ergänzt werden. Zusätzlich will die Kommission den Mitgliedstaaten helfen, besonders gefährliche Straßenabschnitte zu identifizieren und gezielt in die Verkehrssicherheit zu investieren. „90 Prozent der Unfälle im Straßenverkehr sind auf menschliche Fehler zurückzuführen“, sagte EU-Binnenmarktkommissarin Elżbieta Bieńkowska. Die neuen, verpflichtenden Sicherheitssysteme „werden die Zahl der Unfälle verringern und den Weg in eine fahrerlose Zukunft des vernetzten und automatisierten Fahrens ebnen“.

Chancen durch automatisiertes Fahren

Beim automatisierten Fahren soll die EU-Industrie eine führende Rolle in der Welt spielen. Die Kommission will die Entwicklung finanziell weiter unterstützen. Im EU-Forschungsprogramm „Horizont“ stehen von 2014 bis 2020 bereits rund 300 Mio. Euro zur Verfügung. Aus dem Finanzinstrument „Europa verbinden“ sollen zu-

Die Zahl der Unfallopfer senken, den Autoverkehr umweltfreundlicher machen und Europas Autohersteller für die digitale Zukunft rüsten: Diese drei Ziele will die EU-Kommission mit einem ganzen Bündel von Gesetzesvorschlägen und Initiativen erreichen. Es handelt sich um den letzten Baustein ihrer Strategie zur Modernisierung des Verkehrssektors. Damit soll ein wichtiger Beitrag zum von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ausgegebenen Ziel geleistet werden, die EU-Industrie weltweit führend bei Innovation, Digitalisierung und Abkehr von fossiler Energie zu machen.

sätzliche 450 Mio. Euro kommen, und 50 Mio. Euro soll es in diesem Jahr geben, um die 5G-Technologie für die Übertragung von Daten zu testen, die für automatisches Fahren nötig sind.

Die Kommission sieht viele Vorteile im automatisierten Fahren: Im Konvoi dicht hintereinander fahrende Lkw, automatisch fahrende Müllwagen, selbst einparkende Autos oder ein fahrerloser öffentlicher Nahverkehr sind mögliche Anwendungen. Auch Ältere oder Menschen mit Behinderungen könnten durch selbst fahrende Autos mobiler werden. Die Kommission will die langfristigen sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen dieser Entwicklung analysieren, ein Forum zur Erörterung ethischer Fragen einrichten und die notwendige Weiterbildung der Arbeitnehmer in der Fahrzeugindustrie unterstützen. (frh) >

Fragen und Antworten zu den Initiativen

Aktionsplan für Batterien

Die EU-Kommission möchte, dass die EU-Industrie in der Lage ist, Batteriezellen – das teuerste Element von Elektrofahrzeugen – in Europa in ausreichender Menge herzustellen. Nach Gründung einer „EU-Batterien-Allianz“ im Oktober legte sie nun einen Aktionsplan vor. Er enthält etwa Hinweise zu notwendigen Forschungsinvestitionen und verfügbaren EU-Mitteln und zur Entwicklung der notwendigen Fertigkeiten in der Industrie. Auch durch überarbeitete EU-Vorgaben zum Sammeln und Recyceln von Batterien soll die Entwicklung unterstützt werden.

NEUE INNOVATIONSSTRATEGIE FÜR EU VORGELEGT

Forscher und Firmen sollen technologische Entwicklung mitbestimmen

Technologische Innovationen, die Digitalisierung und „globale Megatrends“ wie die Entwicklung künstlicher Intelligenz und der Aufbau von Kreislaufwirtschaftssystemen bieten europäischen Unternehmen und Forschern große Chancen, stellen aber auch eine enorme Herausforderung dar. Der weltweite Wettbewerb wird härter und bedroht Europas führende Stellung in industriellen Schlüsselsektoren, mahnt die EU-Kommission. Was getan werden kann, damit die EU weiter maßgeblich die technologische Entwicklung mitbestimmt, hat die Kommission jetzt in einer erneuerten Strategie für Forschung und Innovation skizziert. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich bei ihrem Gipfeltreffen in Sofia am 17. Mai erstmals damit beschäftigt.



Genetik gilt als eine der Schlüsseltechnologien, die bahnbrechende Innovationen ermöglichen.

> „Europa hat Weltklasse-Forschungseinrichtungen und eine starke industrielle Basis“, sagte der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen. „Aber wir müssen besser darin werden – viel besser –, diese Stärken in Erfolg zu verwandeln“. Künstliche Intelligenz und Co. würden Gesellschaft und Wirtschaft tiefgreifend verändern.

EU-Forschungskommissar Carlos Moedas sagte, die von der Kommission im Entwurf für den mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) von 2021 bis 2027 vorgeschlagenen 100 Mrd. Euro für das neue EU-Forschungsrahmenprogramm und das Euratom-Forschungsprogramm würden einen „großen Schub“ geben. Aber mehr sei nötig. „Wir müssen unsere Gesetze zukunfts-tauglich machen und mehr private Investitionen anziehen, besonders mehr Risikokapital“, sagte Moedas. Außerdem müsse die Förderung bahnbrechender Innovationen verbessert werden durch einen fest etablierten Europäischen Innovationsrat (European Innovation Council - EIC).

Innovationsrat soll EU-Mittel bündeln

Diesen hat die Kommission bereits als Pilotprojekt auf den Weg gebracht, als sie im Oktober die Weichen für das „Horizont“-Arbeitsprogramm für 2018 bis 2020 gestellt hat. Der EIC soll helfen, aus europäischen Forschungsergebnissen mehr vermarktbar Produkte und Dienstleistungen zu machen. Dazu sollen im EIC Mittel aus verschiedenen EU-Programmen ge-

bündelt werden, analog zu dem seit zehn Jahren bestehenden Europäischen Forschungsrat (ERC), der die Grundlagenforschung fördert.

Bis zum Ende der mittelfristigen EU-Finanzplanungsperiode 2020 stehen dafür 2,7 Mrd. Euro bereit. Im kommenden Forschungsprogramm ab 2021 soll der EIC dann eine prominente Rolle spielen. Ziel ist es, hochriskante Innovationen mit großem Gewinnpotenzial zu fördern, damit „Märkte der Zukunft“ entstehen, die auch viele neue Arbeitsplätze in der EU schaffen. Künstliche Intelligenz, Genetik oder Blockchain-Technologie: Solche Schlüsseltechnologien bilden nach Ansicht der Kommission den Kern der vielversprechendsten bahnbrechenden Innovationen.

Gemeinsame Aufgaben definieren

Um die größten Herausforderungen der Gesellschaft anzugehen, sollen Regierungen der EU-Staaten, Forscher, Unternehmer und Bürger

Einhorn-Startups

Als „Einhorn-Startups“ werden aufstrebende Unternehmen bezeichnet, deren Innovationen als so wertvoll gelten, dass ihr Unternehmenswert auf über 1 Mrd. US-Dollar taxiert wird. In der EU gibt es laut Europäischer Kommission 26 davon. In China sind es demnach 59, in den USA 109. Die Forschungsausgaben der EU-Unternehmen bleiben im Schnitt hinter denen in China, USA, Japan und Südkorea zurück.

EU-weite Forschungs- und Innovationsaufgaben definieren, schlägt die Kommission vor. Die Themenpalette könne vom Kampf gegen Krebs über klimaverträglichen Verkehr bis zu plastikfreien Ozeanen reichen. Zu den weiteren Elementen der Forschungsstrategie gehören:

- > Leitlinien, wie innovative Produkte und Dienstleistungen durch verstärkte Nachfrage öffentlicher Einrichtungen gefördert werden können.
- > Umsetzung der Initiative „VentureEU“ zur Mobilisierung privater Investitionen und von Risikokapital.
- > Vereinfachung der EU-Beihilferegeln, damit innovative Projekte auf nationaler und EU-Ebene besser gefördert werden können.

Deutschland spielt bei Forschung und Entwicklung (FuE) eine wichtige Rolle in der EU. Laut Bundesforschungsministerium werden etwa 30 Prozent aller FuE-Ausgaben der EU in Deutschland getätigt. Der Bund hat demzufolge seine Unterstützung zwischen 2005 und 2017 von 9,0 Mrd. Euro auf 17,2 Mrd. Euro gesteigert. In internationalen Innovationsrankings schneide Deutschland gut ab. Wirtschaft und Staat zusammen hätten 2015 gut 90 Mrd. Euro für FuE ausgegeben, womit Deutschland das Ziel der EU-Wachstumsstrategie erreicht habe, mindestens 3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in die Forschung zu stecken. (frh) >

■ Neue Forschungsagenda

EU und Iran setzen sich für Atomabkommen ein



Irans Außenminister Sarif und die EU-Außenbeauftragte Mogherini nannten ihre Gespräche in Brüssel „konstruktiv“.

> Sie sind Mitunterzeichner der nach 12 Jahren diplomatischer Bemühungen 2015 abgeschlossenen Vereinbarung, die den Bau von Atomwaffen durch den Iran verhindern soll.

Das Abkommen sei ein „Schlüsselement der weltweiten Architektur zur Nicht-Weiterverbreitung von nuklearem Material und entscheidend wichtig für die Sicherheit der Region“, erklärte Mogherini. Das europäische Interesse sei, dass der Iran weiter seine Verpflichtungen in Bezug auf den Umgang mit nuklearem Material einhält, wie er es bislang getan hat und wie es durch die Internationale Atomenergiebehörde in zehn aufeinander folgenden Berichten bestätigt wurde. Alle Teilnehmer des Treffens in Brüssel seien sich einig gewesen, dass unverzichtbarer Bestandteil des Abkommens aber auch die Aufhebung der Sanktionen und die Normalisierung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Iran seien, so Mogherini.

Nächste Schritte

Experten suchen nun nach Wegen, die mit dem Iran vereinbarten Ziele zu erreichen. Zudem wollen sich in der kommenden Woche in Wien die stellvertretenden Außenminister oder politischen Direktoren der verbliebenen Unterzeichnerstaaten des Abkommens treffen. Die Umsetzung des Iranabkommens steht auch auf der Tagesordnung des EU-Außenministerrates am 28. Mai.

Letzteres wird dadurch gefährdet, dass die USA erneut Sanktionen gegen Iran verhängen und auch Unternehmen aus aller Welt – auch der EU – mit Strafen drohen, wenn sie gleichzeitig in Iran und in den USA Geschäfte machen. Teheran möchte von den verbliebenen Unterzeichnern des Abkommens Garantien, dass der Iran trotz der US-Politik weiter in den Genuss der seit 2015 gewährten wirtschaftlichen Vorteile kommt. „Wir brauchen diese Garantien“, betonte Sarif. Zunächst wurde eine Liste von Zielen festgelegt, an denen in den nächsten Wochen gearbeitet werden soll:

- > Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran sollen erhalten und vertieft werden.
- > Iran soll weiter Öl, Gas und andere petrochemische Produkte verkaufen können.
- > Banktransaktionen mit dem Land sollen weiter möglich sein.
- > Die Verkehrsverbindungen zu Land, Luft und Wasser sollen aufrecht erhalten werden.
- > Verträge zwischen Unternehmen aus der EU und dem Iran sollen erfüllt und weitere Investitionen angestrebt werden.
- > EU-Unternehmen sollen vor Nachteilen geschützt werden und Rechtssicherheit erhalten.

Mogherini sagte, das alles werde nicht einfach werden, „wir bewegen uns da in extrem schwierigen Gelände“. Ähnlich äußerte sich Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD). Es gebe aber Möglichkeiten, die Ziele zu erreichen. Die müssten nun geprüft werden. Es gehe dar-

Die EU und der Iran wollen sich in den kommenden Wochen weiter intensiv bemühen, das von den USA angekündigte internationale Atomabkommen zu erhalten. Bei Gesprächen in Brüssel wurde eine Liste von Bereichen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit festgelegt, bei denen „praktische Lösungen“ für eine Fortsetzung erarbeitet werden sollen, sagte die EU-Außenbeauftragte und Vizepräsidentin der EU-Kommission, Federica Mogherini. Sie nannte die Gespräche „konstruktiv“. Auch Irans Außenminister Mohammed Dschawad Sarif sprach von einem „guten Start“. An dem Treffen nahmen auch die Außenminister von Deutschland, Frankreich und Großbritannien teil.

um, der Regierung in Teheran zu ermöglichen, innenpolitisch zu dem Abkommen zu stehen. Mogherini sagte, bei den Gesprächen in Brüssel sei mit Blick auf den Atomvertrag das Bild von einem Verwandten gebraucht worden, der auf der Intensivstation liegt. Es gehe nun darum, ihn dort herauszuholen. Die EU bleibe entschlossen, das Abkommen „vollständig und effektiv“ umzusetzen, solange sich auch der Iran daran halte, betonte Mogherini. Die EU-Staats- und Regierungschefs bekräftigten bei ihrem Gipfeltreffen in Sofia diese Haltung.

Mogherini erklärte, mit dem Abkommen gebe es bessere Chancen, Themen mit dem Iran zu diskutieren, bei denen man nicht einer Meinung sei. Dabei geht es etwa um das ballistische Raketenprogramm Irans und um die Rolle, die Teheran in Konflikten im Nahen Osten spielt.

EU ist zweitgrößter Handelspartner

Die EU ist nach der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen zum zweitgrößten Handelspartner des Iran nach den Vereinigten Arabischen Emiraten aufgestiegen. 2017 exportierten EU-Unternehmen Güter im Wert von 10,8 Mrd. Euro, hauptsächlich Maschinen, Fahrzeuge und Chemikalien. Importiert wurden Waren im Wert von 10,1 Mrd. Euro, vor allem Öl und Gas. Wie sich der Rückzug der USA aus dem Atomabkommen auf diese Bilanz auswirken wird, sei schwierig zu quantifizieren, meint der EU-Industrieverband *BusinessEurope*. (frh) >

■ *Mogherini auf der Pressekonferenz*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 18.05.2018 18.00 Uhr	„EU-Bürgerforum. Mitreden über Europa“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland	Ratssaal des Rathauses der Stadt Mainz Jockel-Fuchs-Platz 1 55116 Mainz	www.europatermine.de/termine/datum/2018/mai/18/termin/einzel/eu_buergerforum-2.html
> 22.05.2018 16.00–17.30 Uhr	„Tomorrow’s Europe and global megatrends“ Bürgerdialog mit EU-Kommissions-Vizepräsident Jyrki Katainen Veranstalter: Europäische Kommission	ERLEBNIS EUROPA Unter den Linden 78 10117 Berlin	nora.hesse@ec.europa.eu
> 22.05.2018 17.30–19.00 Uhr	„Ein nachhaltiges Finanzsystem für eine nachhaltige Wirtschaft in Europa – Empfehlungen der High Level Expert Group on Sustainable Finance an die EU-Kommission“ Vortrag Veranstalter: Center for Financial Studies (CFS)	House of Finance Theodor-W.-Adorno-Platz 3 60323 Frankfurt am Main	https://www.ifk-cfs.de/events/upcoming.html
> 24.05.2018 19.30–21.00 Uhr	„Demokratie lebt vom Mitmachen! Die Europäische Union und Du.“ Bürgerdialog mit deutschen und polnischen Bürgern Veranstalter: Europäische Kommission	Kulturnahnhof Briesener Str. 7 15230 Frankfurt (Oder)	https://ec.europa.eu/germany/events/europe_day_de
> 26.05.2018 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt Messe“ Messe für Schüleraustausch, High School, Internate, Sprachreisen, Freiwilligendienste Praktika und mehr Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Wissenschaftszentrum Kiel Fraunhoferstraße 13 24118 Kiel	www.aufindiewelt.de/messen/26052018-kiel/
> 29.05.2018 17.00–19.30 Uhr	„Meine Werte – Deine Werte: Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ Regionalkonferenz Thüringen Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V.	Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße Andreasstraße 37a 99084 Erfurt	www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/755-2018-regionalkonferenzen-meine-werte-deine-werte.html
> 30.05.2018 19.30–21.00 Uhr	„Heimat Europa? Von Identität und Identitäten auf einem Kontinent der Vielfalt“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/event/heimat-europa/
> 01.06.2018 18.00–19.30 Uhr	„Driftet Europa auseinander? Die EU nach den Wahlen in Italien und Ungarn“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Volkshochschule Köln	Europäisches Dokumentationszentrum USB Universitätsstraße 33 50931 Köln	https://vhs-koeln.de/Veranstaltung/titel-Driftet+Europa+auseinander%3F+Die+EU+nach+den+Wahlen+in+Italien+und+Ungarn./cmx59d74fc-baf5e7.html
> 02.06.2018 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die Jugendbildungsmesse in Bremen“ Messe für Schüleraustausch, High School, Sprachreisen, Praktika, Au-Pair, Studium im Ausland, Work & Travel und Freiwilligendienste Veranstalter: weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	febb - Freie Evangelische Bekenntnisschule Bremen Steinsetzer Straße 4 28279 Bremen	https://weltweiser.de/messen/bremen-schueleraustausch-auslandsjahr/

> **Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de**

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2018

Herausgeber:
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:
Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:
Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:
Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

EUROPÄISCHES VERBRAUCHERZENTRUM

Broschüre informiert über Rechte von Busreisenden in der EU

Die EU-Gesetzgeber haben nun auch die Rechte von Busreisenden in einer Fahrgastrechteverordnung EU-weit einheitlich geregelt. Darin ist etwa festgeschrieben, welche Entschädigungen gezahlt werden müssen, wenn sich der Bus erheblich verspätet, ausfällt, wenn das Gepäck verloren geht oder ein Unfall passiert. Uneingeschränkt gilt die Verordnung bei Strecken über 250 Kilometern Länge, wenn es sich um einen Linienverkehr mit festen Fahrplänen und Haltestellen handelt und sich Ankunfts- oder Abfahrtsort in einem EU-Land, Island, Norwegen oder Liechtenstein befinden.

Das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland (EVZ) hat eine Broschüre herausgegeben, in denen die Rechte der Buspassagiere erklärt werden. Etwa, wann ein Anspruch auf Hilfsleistungen wie Imbiss, Getränke, Hotelübernachtung oder kostenlose Beförderung zur Unterkunft besteht.

[Zur Broschüre](#)

EU-PREISE FÜR KULTURERBE

Bürgerinnen und Bürger können über Publikumspreis abstimmen

29 Projekte aus 17 Ländern bekommen in diesem Jahr den von der EU-Kommission ins Leben gerufenen EU-Preis für Kulturerbe/ Europa Nostra Award. Unter den Gewinnern sind drei Denkmalschutzprojekte aus Deutschland. Einmal geht es um die Restaurierung des Sanatoriums Dr. Barner in Braunlage, das als eines der bedeutendsten Jugendstilgebäude in Deutschland gilt. Ebenfalls prämiert wird die Restaurierung des königlichen Weinbergs im Schloss Sanssouci-Ensemble in Potsdam.



Mit CultLab3D aus Darmstadt wird die weltweit erste Scanstraße für die Massendigitalisierung von dreidimensionalen Artefakten, etwa in Museen, ausgezeichnet. Innerhalb von Minuten können hier Skulpturen, Büsten, zoologische und archäologische Überlieferungen eingescannt werden. EU-Bürger können nun online darüber abstimmen, welcher der 29 Preisträger den Publikumspreis bekommen soll. Die Preisverleihung findet am 22. Juni beim ersten Europäischen Kulturerbe-Gipfel in Berlin statt.

[Zum Europäischen Kulturerbepreis](#)

PROBLEME BEI REISEN IN DRITTSTAATEN

Im Notfall helfen die Konsulate aller Mitgliedstaaten

EU-Bürger, die während einer Reise außerhalb der Europäischen Union EU dringend Schutz oder diplomatische Hilfe brauchen, können sich an Konsulate oder Botschaften aller Mitgliedstaaten wenden, wenn ihr Heimatland in dem Land keine Vertretung hat. Seit dem 1. Mai besteht ein Anspruch auf solchen konsularischen Beistand in jeder Auslandsvertretung außerhalb der EU. Die neuen Regeln legen auch fest, wie die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, damit auch Bürger aus nicht vertretenen EU-Ländern bei Krisen oder Naturkatastrophen Schutz bekommen. „Die neuen Vorschriften stärken die Rechte der Bürger und sind ein starkes Zeichen der europäischen Solidarität“, sagte EU-Justizkommissarin Věra Jourová.

Neben der Unterstützung in Krisenzeiten können die EU-Bürger die neue Richtlinie auch in den häufigeren Fällen in Anspruch nehmen, in denen konsularischer Schutz erforderlich ist, etwa bei schweren Krankheiten, bei Verhaftungen oder bei Verlust oder Diebstahl von Reisepässen im Ausland. Anträge auf Notfall-Reisedokumente machen mehr als 60 Prozent aller Fälle von konsularischer Unterstützung aus.

[Konsularischer Schutz von EU-Bürgern](#)

ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Meinungen zum Vorgehen gegen illegale Online-Inhalte gefragt

Propaganda für Terrororganisationen, Aufstachelung zu Hass und Gewalt, Material über sexuellen Missbrauch von Kindern, Urheberrechtsverletzungen oder der Vertrieb gefälschter Produkte untergraben das Vertrauen der Bürger in das Internet und bedrohen deren Sicherheit. Online-Plattformen und andere Internetaanbieter haben freiwillig schon einiges getan, um die Sicherheit im Netz zu verbessern und die EU-Kommission hat das unterstützt, etwa durch das EU-Internetforum zu terroristischen Inhalten oder einen Verhaltenskodex zum Umgang mit Hetze. Die Plattformen sollten noch mehr tun, um illegale Inhalte schneller und effizienter aus dem Web zu entfernen, so die Kommission.

Welche Schritte sinnvoll wären, möchte die Kommission von der Branche und der interessierten Öffentlichkeit wissen. Dazu hat sie eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Bis zum 25. Juli können sich alle Interessierten daran beteiligen und ihre Meinung sagen. Der Fragebogen ist im Internet abrufbar.

[Zum Umgang mit illegalen Online-Inhalten](#)